

Zürcher Pensionskassen investieren klimaschädlich – trotz anderer Versprechen

Zürcher Pensionskassen investieren klimaschädlich – trotz anderer Versprechen

Mit über 60 Milliarden Franken gehören die Pensionskassen von Kanton und Stadt Zürich zu den Grossen des Landes. Gehen sie mit diesen Summen auch verantwortungsvoll um? Eine glaubwürdige Klimastrategie sieht anders aus.

Auch die stadtzürcher Pensionskasse investiert nicht nur klimafreundlich. (Bild: WAV Recherchekollektiv)

Leander Diener ist Gymilehrer in Zürich. Wie alle Kantonsangestellten zahlt er jeden Monat einen Teil seines Lohns an die BVK, die berufliche Vorsorge des Kantons Zürich. Diener erhält seine Rente frühestens in drei Jahrzehnten. Bis dahin soll die BVK «sein Ersparnis» nicht nur sicher, sondern auch nachhaltig anlegen. Damit er dann eine Welt vorfinde, so Diener, in der er seine Pensionierung auch geniessen könne.

Besonders Sorge bereitet ihm die Klimaerhitzung. Mit 39 Milliarden Franken böte die Finanzmacht seiner Pensionskasse hier Möglichkeiten. Er will deshalb wissen: «Kommt die BVK dieser Verantwortung nach?» Die BVK verspricht auf ihrer Webseite Grosses: «Alle wollen nachhaltig sein. Die BVK ist es.» Das lässt sich jedoch nicht nachvollziehen. Auf Anfrage will die Pensionskasse ihre Investitionen nicht offenlegen – trotz Gesuch per Öffentlichkeitsgesetz. Dieses fördert die Transparenz der Verwaltung, indem Behörden sowie Unternehmen in ihrem Auftrag amtliche Dokumente aushändigen müssen.

Um die Renten ihrer Versicherten zu sichern, investieren Pensionskassen Milliarden in Immobilien oder Energieunternehmen. Obwohl Pensionskassen behaupten, nachhaltig zu sein, ist unklar, wie sie ihr Geld anlegen.

Eine Recherche vom WAV Recherchekollektiv und CORRECTIV in der Schweiz zeigt: Zürcher Pensionskassen investieren in die weltweit grössten Fracking-Unternehmen oder beharren weiterhin auf völlige Intransparenz.

1000 Franken pro Versicherte:r für Fracking

Während die BVK keine konkrete Antwort auf die Frage von Gymilehrer Diener liefert, liegen die Detail-Investitionen des anderen öffentlichen Schwergewichts im Kanton Zürich nach Anfrage zum ersten Mal vor. Die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) verwaltet rund 21 Milliarden Franken. Fast zehn Milliarden Franken in Aktien und Obligationen, sauber aufgeschlüsselt nach den investierten Unternehmen. Eine Auswertung der Investitionen zeigt, dass kein Geld in Kohleunternehmen fliesst. Auf Rückfrage stellt die PKZH klar, dass sie jegliche Kohleförderer ausschliesse. Im Öl- und Gassektor sieht es anders aus: Über 40 Millionen Franken investiert die PKZH beispielsweise in die fünf der grössten Fracking-Unternehmen der Welt. 1000 Franken macht das pro Versicherte:r.

Von vielen dieser Fracking-Giganten hält die Stadtzürcher Pensionskasse nicht nur Aktien, sondern hat in den vergangenen Jahren umfangreiche Obligationen, also Schuldpapiere, gekauft. So etwa 2022 im Wert von über einer halben Million Franken von Conoco Phillips, dem weltgrössten Fracking-Unternehmen

gemäss der NGO Urgewald. Diese Schuldscheine laufen bis 2062. Das Geld darf Conoco für sämtliche Firmenaktivitäten nutzen, also auch um weiter nach Öl und Gas zu bohren.

Jedes Jahr gibt Conoco Phillips laut Urgewald über eine Milliarde Franken für die Erschliessung neuer fossiler Ressourcen aus. Damit macht der Konzern fast den gesamten Umsatz und hat weder für die nächsten Jahrzehnte noch für 2062 glaubhafte Klimaziele, wie der Investor:innen-Zusammenschluss Climate Action 100+ festhält. Auf Anfrage schreibt Greenpeace Schweiz, dass solche «ungebundenen Investitionen den Druck auf Energieunternehmen untergraben, ihre Geschäftsmodelle konsequent an den Pariser Klimazielen auszurichten.»

Viele der grossen Öl- und Gaskonzerne, in die die PKZH investiert, gehören laut dem Plastic Waste Maker Index auch zu den weltweit grössten Plastikproduzenten. So Exxon Mobil, der grösste Einweg-Plastikproduzent der Erde oder die staatlich kontrollierte China Petroleum & Chemical Corporation, die knapp hinter Exxon Mobil am zweitmeisten Plastik herstellt.

Auf Investitionen in Öl- und Gasgiganten angesprochen, schreibt die Stadtzürcher Pensionskasse, dass sie weiterhin in diese investiere. Gemessen an ihrem Vermögen jedoch deutlich untergewichte. Sie investiert also weniger, als es der Markt vorgibt. Mit ihrem Ausschluss von Kohle, der Publikation ihrer Investitionen, der Untergewichtung von Öl- und Gasunternehmen scheint die PKZH bemüht. Trotzdem investiert sie weiterhin enorme Summen in Unternehmen, die die Klimaerhitzung befeuern.

PKZH als Vorreiterin, BVK mit abenteuerlichen Ausreden

Als eine der ersten Kassen hat die PKZH ihre Detailinvestitionen dem WAV Recherchekollektiv und CORRECTIV in der Schweiz in grossen Teilen zugeschickt. Sie gewährt Einsicht in sämtliche Aktien- und Obligationen-Investitionen, was rund die Hälfte des Portfolios ausmacht. Der Rest besteht aus Immobilien sowie alternativen Anlagen. Letzteres fasst verschiedene unübliche Investitionen zusammen, wie Beteiligungen an nicht-börsennotierten Unternehmen. Darin gewährte die PKZH keinen Einblick.

Die Investitionen der BVK dagegen bleiben intransparent. Zwar führt sie in ihrem Geschäftsbericht ein Liegenschaftsverzeichnis, doch darin fehlen Wertangaben. Sämtliche anderen Investitionsangaben verweigert sie gar gänzlich. Sie argumentiert, dass sie als privat-rechtliches Unternehmen nicht dem Öffentlichkeitsprinzip unterstehe. Das ist fraglich. So hält das entsprechende Zürcher Gesetz (IDG) fest, dass alle «Organisationen und Personen des öffentlichen und privaten Rechts» darunter fallen, «soweit sie mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind.»

Inakzeptabel findet das Tobias Langenegger, SP-Co-Fraktionspräsident im Kantonsrat Zürich. Dass die BVK heute ein privat-rechtliches Unternehmen sei, gehe schliesslich auf einen der grössten Korruptionsskandale der jüngeren Schweizer Geschichte zurück. Millionenbeträge hätten BVK-Anlagemanager in den Nullerjahren veruntreut und Schmiergelder kassiert. Den Schaden musste die Öffentlichkeit bezahlen. «Umso mehr

müsste die BVK gegenüber der Öffentlichkeit um Transparenz bemüht sein,» so Langenegger.

Profit vor Verkaufen

Die verfügbaren Dokumente deuten aber darauf hin, dass sie sogar mehr als ihr Stadtzürcher Pendant in Öl- und Gasunternehmen investiert. Im Geschäftsbericht hält die BVK fest, dass diese rund 10 Prozent ihres Aktienportfolios ausmachen. Das entspricht etwa dem, was der Markt vorgibt. Ein weiteres Prozent des Aktienportfolios geht zudem an Kohleunternehmen.

Auf Anfrage verweist die BVK unter anderem auf die Nachhaltigkeitsberichte auf ihrer Webseite. Dort hält sie fest, Verantwortung heisse nicht einfach, Investitionen in schädliche Firmen zu verkaufen, selbst, wenn der Anleger unzufrieden ist. Es bedinge auch, diese Unternehmen positiv zu beeinflussen. Ähnlich argumentiert die Stadtzürcher Pensionskasse: Gerade Erdölfirmen müssten ihr Geschäftsmodell ändern. Ein anhaltender Dialog erscheine deshalb «erfolgsversprechender als ein Ausschluss».

Für diesen Dialog gibt die PKZH jährlich 300'000 Franken aus, wie sie mitteilt. Gering wirken diese Ausgaben im Vergleich zu den Gewinnen, die sie aus Öl- und Gasinvestitionen zieht. Alleine mit den fünf grössten Fracking-Unternehmen hat die PKZH im letzten Jahr geschätzt über eine Million verdient.

«Solche Investitionen unterstützen das Fortbestehen der fossilen Geschäftsmodelle.» Greenpeace

Auf eine Erhöhung der Nachhaltigkeits-Ausgaben angesprochen, winkt die PKZH ab. Sie schreibt, dass eine Verstärkung des Dialogs mit diesen Firmen kaum möglich sei und der nächste Schritt eher ein Verkauf wäre. Das will sie zurzeit nicht.

Laut Greenpeace Schweiz seien Unternehmen wie Conoco Phillips oder Exxon Mobil, die heute derart umfangreich neue fossile Ressourcen erschliessen, aber kaum zu beeinflussen. Anders als die beiden Zürcher Pensionskassen verlangt die Umweltorganisation als logische Konsequenz den Verkauf dieser Investitionen. Diese Unternehmen würden kaum Bereitschaft zeigen, auf Aktionärsanträge zugunsten von Klimaschutz einzugehen. Greenpeace führt aus: «Exxon Mobil ging in diesem Jahr sogar so weit, seine eigenen Investor:innen gerichtlich zu verklagen.» Somit hätten sie verhindern wollen, dass ein Klimaschutzantrag bei der jährlichen Aktionärs-Versammlung zur Abstimmung gebracht werde.

Noch kritischer betrachtet Greenpeace Schweiz die Argumentation der beiden Zürcher Pensionskassen bei Investitionen in Schuldpapiere. Die Öl- und Gasunternehmen kämen so an frisches Kapital, während die Einflussmöglichkeiten noch geringer seien. «Solche Investitionen unterstützen das Fortbestehen der fossilen Geschäftsmodelle.»

Die Genfer Pensionskasse geht einen anderen Weg

Anders als die beiden Zürcher Pensionskassen agiert jene des Kantons Genf. Mit einem Vermögen von 26 Milliarden Franken gehört auch sie zu den grössten der Schweiz. Seit 2022 knüpft sie Investitionen in Energieunternehmen an Bedingungen. So mussten sie Ende 2023 eine globale Erhitzung von maximal zwei Grad unterstützen, andernfalls verkaufte die Genfer Pensionskasse deren Aktien und Schuldpapiere. Korrigieren die Unternehmen hingegen ihren Kurs, investiert sie wieder. Dies hatte zur Folge, dass sie aktuell in kein einziges Unternehmen der fossilen Energie investiert, wie sie in ihrem Nachhaltigkeitsbericht festhält.

Dass das auch finanziell aufgeht, bestätigt der auf nachhaltige Anlagen spezialisierte Vermögensverwalter Robeco mit Sitz in Zürich. Ein Sprecher schreibt, dass ein solcher Ausschluss von Unternehmen der fossilen Industrie bei hohen Energiepreisen kurz- und mittelfristig zwar zu Verlusten führen könne, sich langfristig aber neutral auf die zu erwartenden Renditen auswirken scheine. Eine Studie des «Institute for Energy Economics and Financial Analysis (IEEFA)» kommt gar zum Schluss, dass sich «in den letzten zehn Jahren der Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle als erfolgreiche Finanzstrategie erwiesen hat.»

Lehrer Diener bleibt irritiert zurück. Warum behauptet seine Pensionskasse, Unternehmen beeinflussen zu können, obwohl wenig darauf hindeutet? Besonders stutzig machen ihn Investitionen in Unternehmen wie die China Petroleum & Chemical Corporation, in die wohl auch seine Pensionskasse investiert. Darauf angesprochen, fragt Diener: «Wie genau soll dieser Plastikkonzern beeinflusst werden, der zu mehr als der Hälfte dem chinesischen Staat gehört?»

Transparenz als erster Schritt

SP-Co-Fraktionspräsident Langenegger verweist auf das Klimaziel des Kantons Zürich. Dieses strebt an, Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2040 zu erreichen. Langenegger sagt: «Als Pensionskasse der kantonalen Angestellten ist die BVK moralisch verpflichtet, sich an die klimapolitischen Ziele des Kantons Zürich zu halten.» Alles andere sei ebenso absurd wie Investitionen in Energieunternehmen, die komplett andere Klimaziele verfolgen würden.

Die Klimastrategie der beiden grossen Zürcher Pensionskassen scheint sich in Widersprüchen zu verfangen. Gymnasiallehrer Diener ärgert die Intransparenz besonders. «Ich lehre meinen Schüler:innen, Dinge zu hinterfragen und kritische Fragen zu stellen. Ich lehre ihnen, faktenbasiert und gemeinsam Lösungen zu suchen.» Wenn dazu aber die grundlegenden Informationen fehlen würden, sei das nicht möglich. Es brauche eine öffentliche Diskussion darüber, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen und wer welchen Beitrag zu leisten hat. Die langfristige Ausrichtung von Pensionskassen, gemischt mit ihrer enormen Finanzmacht, böten hier eine einmalige Gelegenheit.

Diese Recherche wurde unterstützt durch «investigativ.ch: Recherche- Fonds der Gottlieb und Hans Vogt Stiftung»

Ohne deine Unterstützung geht es nicht

Unsere Community ermöglicht den freien Zugang für alle. Dies unterscheidet uns von anderen Medien. Wir begreifen Journalismus nicht nur als Produkt, sondern auch als öffentliches Gut. Unsere Artikel sollen möglichst vielen Menschen zugutekommen. Mit unserer Berichterstattung versuchen wir das zu tun, was wir können: guten, engagierten Journalismus. Alle Schwerpunkte, Berichte und Hintergründe stellen wir dabei frei zur Verfügung, ohne Paywall. Gerade jetzt müssen Einordnungen und Informationen allen zugänglich sein. Was uns noch unterscheidet: unsere Leser:innen. Sie müssen nichts bezahlen, wissen aber, dass guter Journalismus nicht aus dem Nichts entsteht. Dafür sind wir sehr dankbar. Mittlerweile sind 2000 Menschen dabei und ermöglichen damit den Tsüri-Blick aufs Geschehen in unserer Stadt. Damit wir auch morgen noch unseren Journalismus machen können, brauchen wir mehr Unterstützung. Unser nächstes Ziel: 2500 – und mit deiner Beteiligung können wir es schaffen. Es wäre ein schönes Zeichen für Tsüri.ch und für die Zukunft unseres Journalismus. Mit nur 8 Franken bist du dabei! Natürlich jederzeit kündbar.

Jetzt unterstützen!

Schwyzer Pensionskasse: Rendite auf Kosten der Zukunft

Erstmals sind die Investitionen der Schwyzer Pensionskasse öffentlich einsehbar. Millionen Franken fliessen in die grössten Klimasünder.

Oliver Christe (WAV), Sven Niederhäuser (Correctiv in der Schweiz) und Balz Oertli (WAV) Martin Bieri wirkt, wie man sich einen Pensionskassenleiter wünscht: Sachlich, unaufgeregt und den Versicherten verpflichtet. «Erwirtschaften wir Renditeüberschüsse, geben wir diese möglichst an die Versicherten weiter», macht der Leiter der Pensionskasse des Kantons Schwyz (PKSZ) im Gespräch klar. Gesagt, getan. Zum ersten Mal seit 2008 stieg der Sparzinssatz für Versicherte dieses Jahr über das gesetzliche Minimum, was ihre Vermögen schneller wachsen lässt.

Zu verdanken ist das vor allem Investitionsgewinnen. Die PKSZ legt ihr Vermögen von über 2,5 Milliarden Franken fast vollständig an der Börse und in Immobilien an. Seit 2015 verdiente sie damit fast 800 Millionen Franken, ein Grossteil davon seit Bieris Amtsantritt 2019.

Weg des geringsten Widerstands

Trotz der hohen Gewinne kritisiert die ehemalige Lauerzer SP-Kantonsrätin und Primarlehrerin Ursi Reichmuth ihre Pensionskasse. «Wenn Bieri nur auf die Rendite schaut, berücksichtigt er nicht alle Versicherten.» Natürlich brauche sie eine anständige Rente. «Ich zweifle aber daran, dass mit ausreichend Weitsicht gehandelt wird und mein Geld wirklich in guten Händen ist.»

Neue Recherchen belegen: Die Schwyzer Pensionskasse geht den Weg des geringsten Widerstands. Sie folgt weitgehend der globalen Wirtschaft, ohne Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Eine exklusive Auswertung von WAV Recherchekollektiv und Correctiv in der Schweiz zeigt: Die PKSZ investiert in mehrere der grössten Öl- und Gaskonzerne weltweit, auch aus autokratischen Staaten. Die beiden Organisationen haben die Investitionen der Pensionskasse per Öffentlichkeitsgesetz angefordert.

Die PKSZ gehörte zu den ersten Kassen, die WAV und Correctiv in der Schweiz ihre Daten vollständig zugeschickt hat. Rechtliche Abklärungen hätten ergeben, dass die PKSZ dem Öffentlichkeitsgesetz entsprechen würde, so Bieri auf Anfrage. Diese Transparenz ist wichtig, denn sie ermöglicht Versicherten wie Reichmuth, ihre Bedenken zu prüfen. Ihr ungutes Gefühl sieht sie bestätigt.

Investitionen in Öl- und Gasriesen

Wie andere kleine und mittlere Pensionskassen investiert jene des Kantons Schwyz über Fonds grosser Vermögensverwalter. Dazu gehören die Zürcher Kantonalbank, die UBS oder die US-Investment-Firma Black Rock. Dabei steht der grösste Aktienfonds im Portfolio der PKSZ exemplarisch für die fehlenden Nachhaltigkeitsbemühungen.

Fast 500 Millionen Franken, was ein Fünftel des PKSZ-Vermögens ist, steckt im Fonds, den die Zürcher Kantonalbank verwaltet. Dieser investiert über 70 Prozent in US-Konzerne. Die höchsten Beiträge gehen an Technologieunternehmen wie Apple, Microsoft, Tesla oder Meta. Zu den grössten Positionen gehören

auch Öl- und Gasriesen. Alleine in Exxon Mobil und Chevron investiert die PKSZ über 5 Millionen Franken, wie Dokumente zeigen, die WAV und Correctiv in der Schweiz erstmals der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Mehr neue Öl- und Gasvorkommen als Exxon Mobil erschliessen derzeit nur Staatskonzerne Saudi-Arabiens, Katars sowie der Vereinigten Arabischen Emirate. Auch in Schuldscheine dieser autokratischen Staaten investiert die PKSZ mindestens fünf Millionen Franken.

Was die Investitionen der Schwyzer Pensionskasse für die Entwicklung der Klimakrise bedeutet, hält der führende amerikanische Börsendienstleister MSCI fest. Der oben genannte Fonds der Zürcher Kantonalbank sei nicht vereinbar mit den globalen Klimazielen. Noch kritischer beurteilt MSCI die beiden Öl- und Gasriesen Exxon Mobil und Chevron: Ihr «Beitrag zum katastrophalen Klimawandel ist höher als bei den meisten anderen Unternehmen».

Schwyz kennt keine Nachhaltigkeitsvorgaben

Pensionskassenleiter Bieri begründet diese klimaschädlichen Investitionen damit, dass eine Überprüfung nicht ihr Auftrag sei. «Wir sind verpflichtet, unser Vermögen zu investieren und eine Rendite zu erzielen, um die laufenden Leistungen und Kosten finanzieren zu können», sagt er.

Gesetzgeberische oder regulatorische Vorgaben für Nachhaltigkeit in der Vermögensanlage gebe es keine. In der Folge verfüge die PKSZ auch über kein Nachhaltigkeitsbudget. Bieri sagt: «Sämtliche zusätzlichen Kosten gehen zulasten unserer Leistungen und haben damit einen direkten Einfluss auf die Höhe der Altersleistungen im Ruhestand.»

Als Beispiel nennt er den bereits genannten Aktienfonds der Zürcher Kantonalbank. Dieser würde auch in einer nachhaltigeren Variante angeboten. Die Verwaltungskosten würden sich dadurch aber jährlich mit über 2 Millionen Franken mehr als verdoppeln. Auch eine Mitgliedschaft bei Ethos kostet wenige 10'000 Franken, wie sie auf Anfrage mitteilt. Ethos ist eine Stiftung, die im Auftrag von rund 200 Schweizer Pensionskassen Druck auf Unternehmen ausübt. Selbst auf diesen Mindeststandard verzichtet die PKSZ.

Pensionskasse musste saniert werden

Bieris Fokus auf die Versicherten kommt nicht von ungefähr. Als er die Pensionskasse Schwyz vor fünf Jahren übernahm, war diese wirtschaftlich angeschlagen. Sie kam aus einer Sanierung, die 2014 vom Kantonsrat beschlossen wurde und vorsah, bis 2026 mit dem Vorsorgevermögen sämtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Bezahlen mussten der Kanton, Arbeitgeber und Versicherte. Letztere alleine trugen über 15 Millionen Franken zur Sanierung bei.

Drei Jahre später, 2017, sah alles anders aus. Der geforderte Deckungsgrad war erreicht – zehn Jahre früher als geplant

und bis heute stabil. Zu verdanken ist das aber nicht dem Kanton oder den Beitragszahlenden, sondern enormen Investitionsgewinnen.

Das Streben der PKSZ nach kurzfristigen Renditen widerspricht einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung aus dem letzten Jahr. Sie kommt zum Schluss, dass die Weltwirtschaft aufgrund des Klimawandels bis 2050 um ein Fünftel schrumpfen dürfte. Laut den Studienautorinnen und -autoren würde dieser Schaden die Kosten um das Sechsfache übersteigen, die nötig wären, um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen.

Andere öffentliche Kassen setzen auf Nachhaltigkeit

Diese klimabedingten finanziellen Risiken stellt auch der Pensionskassenverband Asip fest. In einem Nachhaltigkeits-Reporting von 2022 hält er fest, dass Klimaaspekte Teil der zu analysierenden Risiken und Chancen für Pensionskassen seien. Somit gehörten sie zu der gesetzlich geregelten treuhänderischen Sorgfaltspflicht.

Dies widerspricht Bieris Aussage, es gebe keine gesetzgeberischen oder regulatorischen Vorgaben für Nachhaltigkeit in der Vermögensanlage. Zu einem ähnlichen Schluss kommt ein Rechtsgutachten des Bundesamts für Umwelt (Bafu) von 2019. Noch klarer wäre das neue Klimaschutz- und Innovationsgesetz (KIG), das «Massnahmen zur Verminderung der Klimawirkung von nationalen und internationalen Finanzmittelflüssen» vorsieht. Weil der Bundesrat die Umsetzung verzögert, ist dieser Artikel bislang nicht umgesetzt.

Die genannten Zusatzkosten für Nachhaltigkeitsbemühungen wirken tief gegenüber den enormen Investitionsgewinnen der PKSZ in den letzten Jahren. Auch deuten die gesetzlichen Grundlagen darauf hin, dass die PKSZ mit ihrer Lesart isoliert dasteht. So leiten andere öffentlich-rechtliche Pensionskassen ihre Klimaschutzbemühungen von den gesetzlichen Grundlagen ab. Dies zeigen Recherchen von WAV und Correctiv in der Schweiz bei den Pensionskassen des Kantons Baselland (BLPK) oder der Stadt Zürich (PKZH). Eine Pensionskassen-Studie im Auftrag der Zürcher Kantonalbank von 2023 kommt zum Schluss, dass 74 Prozent der öffentlich-rechtlichen Kassen über Nachhaltigkeitsrichtlinien verfügten. Und 86 Prozent geben einen entsprechenden Bericht heraus oder planen dies. Die PKSZ macht keines von beidem.

Bieri scheint mit seinem Sparkurs über das Ziel hinauszuschiessen. Letztlich widerlegt die Schwyzer Pensionskasse durch ihren Fokus auf gesetzliche Grundlagen die Strategie von Bund und Asip, die Nachhaltigkeit in der Finanzindustrie vor allem durch Freiwilligkeit erreichen wollen. Zurück bleiben unzufriedene Versicherte wie Ursi Reichmuth, die bisher keine Einsicht in die Investitionen hatten. Gerade die Altersvorsorge, welche eine lebenswerte Zukunft ermöglichen soll, müsse mehr tun, sofern das finanziell tragbar sei, sagt sie.

Hinweis

Diese Recherche wurde unterstützt durch den Recherche-Fonds von investigativ.ch / Daniel Brunner.

«Wir sind verpflichtet, unser Vermögen zu investieren und eine Rendite zu erzielen, um die laufenden Leistungen und Kosten finanzieren zu können.»

Pensionskassenleiter

Martin Bieri

So ist diese Recherche entstanden

Während die AHV laufend Geld von der arbeitenden Bevölkerung an jene im Ruhestand verschiebt, sparen alle in der zweiten Säule ein Berufsleben lang für sich selbst. Entsprechend hoch türmt sich das Geld bei den Schweizer Pensionskassen: Etwa 1200 Milliarden verwalteten sie Ende letztes Jahr. Wie Schweizer Pensionskassen diese Altersguthaben ihrer Versicherten aber anlegen, ist eine Blackbox.

Auf Grundlage des Öffentlichkeitsgesetzes hat das WAV Recherchekollektiv gemeinsam mit Correctiv in der Schweiz Einsicht in die Investitionen von sämtlichen öffentlich-rechtlichen Pensionskassen verlangt. Die Ergebnisse publizieren die beiden Recherche-Organisationen gemeinsam mit jeweiligen Lokalmedien wie dem «Boten der Urschweiz». Die Pensionskasse des Kantons Schwyz war eine der ersten, die ihre Investitionen veröffentlichte. Somit konnte zum ersten Mal eine Überprüfung ihrer Klimaversprechen stattfinden. Dieser Text ist Teil des Projekts «Tausend Milliarden Verantwortung». Sämtliche Investitionen der PKSZ sind unter dem Link bit.ly/botepksz zu finden.

«Wir investieren mit unserem Ansatz in Firmen, über die sich diskutieren lässt»

Olivier Christe

Pensionskassen stehen vor einem Dilemma: Sie sollen gewinnbringend investieren, aber angesichts der Klimakrise auf Nachhaltigkeit achten. Die Basellandschaftliche Pensionskasse macht als erste öffentlich-rechtliche Pensionskasse der Schweiz ihre Investitionen publik. Im Interview erklärt sie warum.

Wo wird investiert? Die BLPK zeigt sich transparent. (Bild: Unsplash)

Die Klimakrise stellt Pensionskassen vor einen Widerspruch: Sie müssen die Gelder ihrer Versicherten gewinnbringend und gleichzeitig nachhaltig anlegen, damit ihre Versicherten zur Pension noch eine Welt vorfinden, in der sich diese geniessen lässt.

Die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) geht nun in die Offensive: Als erste öffentlich-rechtliche Pensionskasse der Schweiz veröffentlicht sie – aufgrund Recherchen des WAV Recherchekollektiv und von CORRECTIV in der Schweiz – alle ihre Investitionen auf ihrer Webseite.

Im Interview mit Olivier Christe vom WAV Recherchekollektiv, erklärt die BLPK, wieso sie will, dass alle Versicherten selbst überprüfen können, wohin ihre Gelder fliessen. Die Fragen haben BLPK-Geschäftsführer Stephan Wetterwald und BLPK-Nachhaltigkeitsspezialist Fabrizio di Bauda beantwortet.

Dieser Text ist Teil des Projekts «Tausend Milliarden Verantwortung». Während die AHV laufend Geld von der arbeitenden Bevölkerung an jene im Ruhestand verschiebt, sparen alle in der zweiten Säule ein Berufsleben lang für sich selbst.

Entsprechend hoch türmt sich das Geld bei den Schweizer Pensionskassen: mehr als 1200 Milliarden verwalteten sie Ende letztes Jahr. Das entspricht rund einem Viertel Prozent des gesamten Geldes auf der Welt. Wie Schweizer Pensionskassen diese Altersguthaben ihrer Versicherten aber anlegen, ist eine Black Box.

Auf Grundlage des Öffentlichkeitsgesetzes hat das WAV Recherchekollektiv gemeinsam mit CORRECTIV in der Schweiz Einsicht in die Investitionen von sämtlichen öffentlich-rechtlichen Pensionskassen der Schweiz verlangt.

Die Basellandschaftliche Pensionskasse BLPK ist die erste, die ihre Investitionen aufgrund unserer Anfrage auf ihrer Webseite veröffentlicht. Dies liess eine erstmalige Überprüfung ihrer Klimaversprechen zu. Die Ergebnisse publizieren die beiden Rechercheorganisationen gemeinsam mit Lokalmedien. Bajour ist Medienpartner für Basel und Baselland und veröffentlicht daher die Recherche und das Interview mit der BLPK.

Mehrere Pensionskassen weigern sich, ihre Investitionen offenzulegen. Die BLPK hat entschieden, diese auf der Webseite zu veröffentlichen. Warum?

Wir sehen einen strategischen Wert in Transparenz. Als öffentlich-rechtliche Pensionskasse sind wir eine Non-Profit-Organisation. Wollen wir beispielsweise Ende Jahr überschüssige Verwaltungskosten zurückerstatten, sind transparente Geldflüsse zentral. Da haben wir uns gesagt: Wenn wir uns schon

Transparenz auf die Fahne schreiben, veröffentlichen wir auch unsere Investitionen.

Weshalb erst jetzt?

Angefangen hat das vor über einem Jahr mit Ihrer Anfrage. Ohne die hätten wir das nicht getan – oder zumindest nicht jetzt. Wir tauschten uns auch mit anderen öffentlich-rechtlichen Pensionskassen aus. Wir müssen gestehen: Es besteht eine gewisse Zurückhaltung in der Branche. Es gab auch intern sehr angeregte und kontroverse Diskussionen. Anschliessend haben wir die gesetzlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen geprüft, ob wir das überhaupt dürfen. Das war ein sehr langer Prozess. Es folgten Diskussionen mit vielen Playern: dem Verwaltungsrat als oberstes Organ, dem Regierungsrat und den Vermögensverwaltern.

Das klingt nach ziemlich viel Aufwand. Ging es wirklich nur um Transparenz?

Im Grunde ja, wobei Transparenz hier etwas weitergeht. Die Umsetzung von Nachhaltigkeit ist für uns als Pensionskasse nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. Diesen Konflikt möchten wir transparent machen. Das Gesetz schreibt uns als obersten Auftrag die Erzielung einer marktkonformen Rendite vor. An der werden wir gemessen – leider oft kurzfristig. Indem wir unsere Investitionen offenlegen, wollen wir zeigen, dass wir um Nachhaltigkeit bemüht sind. Aber wir wissen auch, dass wir mit unserem Ansatz in Firmen investieren, über die sich diskutieren lässt.

«Wir schauen nicht, wie viel CO₂ ein Unternehmen ausstösst oder welche Erwärmung es aktuell unterstützt, sondern folgen einer anderen Methodik.»

In der Tat müssen wir über einige Investitionen sprechen. Unsere Auswertung zeigt, die BLPK investiert rund zehn Millionen Franken in Aktien einer der grössten Ölkonzerne weltweit, Exxon Mobil. Dieser unterstützt gemäss dem führenden Börsendienstleister MSCI eine globale Erwärmung von 3.2 Grad. Ähnliches gilt für andere Unternehmen, in die Sie Millionen investieren. Betreibt die BLPK Greenwashing?

Nein. Wir machen keine Versprechen, die wir nicht einhalten. Auch investieren wir anhand einer klaren Methodik in Energieunternehmen. Statt den ganzen fossilen Energiesektor auszuschliessen, beobachten wir, wo die schlimmsten Auswirkungen auf die Umwelt stattfinden. In diese Unternehmen investieren wir nicht. So etwa bei Kohle oder unkonventioneller Öl- und Gasförderung wie Fracking. Bei konventionellen Fördermethoden hingegen haben wir die Faktoren analysiert, mit denen die Umweltauswirkungen eines Unternehmens am besten beurteilt werden können. Uns ist aufgefallen, dass vor allem der sogenannte Governance-Score, also die Qualität der Unternehmensführung, matchentscheidend ist. Schliesst ein Unternehmen in diesem Bereich gut ab, führt das eher zu nachhaltigen Unternehmens-Strategien. Wir schauen also nicht, wie viel CO₂ ein Unternehmen ausstösst oder welche Erwärmung es aktuell unterstützt, sondern folgen einer anderen Methodik.

Wenn wir diesen Ansatz an konkreten Investitionen prüfen, scheint das nicht zu funktionieren. Exxon Mobil ist nicht nur das viertgrösste Fracking-Unternehmen der Erde – eine Technologie,

die die BLPK eigentlich ausschliessen will – sondern nachweislich auf einem extrem klimaschädlichen Pfad.

In ein Unternehmen zu investieren, sehen wir erst dann als Problem, wenn wir untätig bleiben. Wir versuchen, mit unserem Stimmrecht sowie in direkten Gesprächen Druck auszuüben. Aber das ist Knochenarbeit und geht nicht von heute auf morgen. Man muss Kontakte pflegen und die richtige Plattform finden. Wir haben diese Arbeit an den Schweizerischen Verein für verantwortungsvolle Kapitalanlagen (SVVK) ausgelagert. Im Auftrag der BLPK und zehn weiteren grossen Investoren wie der Suva oder der Pensionskasse des Bundes führt der SVVK Gespräche mit den Firmen. Werden die Ziele nicht erreicht, wird eine Ausschluss-Empfehlung ausgesprochen.

Allerdings empfiehlt der SVVK gerade mal 36 Unternehmen zum Ausschluss, ein einziges aus dem Öl- und Gassektor. Die BLPK geht mit über 800 ausgeschlossenen Unternehmen weit darüber hinaus. Ist dieser Verein wirklich der richtige Hauptpartner, um Druck auf Unternehmen auszuüben?

Wir sind sehr zufrieden mit dem SVVK. Diese Mitgliedschaft ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Zur Ausschlussliste des SVVK ist zu sagen, dass dieser vor allem verbotene Waffen ausschliesst, und es Absicht ist, diese Liste klein zu halten. Dadurch wird die Individualität der Mitglieder nicht zu sehr beschnitten.

«Einige unserer Stakeholder priorisieren Nachhaltigkeit, andere Rendite. Wir müssen aufpassen, dass wir das eine nicht gegen das andere ausspielen.»

Ein anderes Beispiel für ein Unternehmen, das folglich beeinflusst werden soll: Die BLPK hat letzten August und September Schuldscheine von BP im Wert von fast drei Millionen Franken gekauft. Zu diesem Zeitpunkt versprach der britische Öl-Multi seine CO₂-Emissionen bis 2030 um 25 Prozent zu senken. Nur wenige Wochen später hat das Unternehmen seine Klima-Ambitionen weitgehend aufgegeben. Ist die BLPK dem Konzern auf den Leim gegangen?

Das würden wir nicht sagen. Wir investieren ja nicht aufgrund von einzelnen Unternehmensstrategien, die ausgesprochen werden und ein halbes Jahr später angepasst werden. Entscheidend ist für uns die Methodologie des Ausschlusses. Und da ist BP nach wie vor investierbar. Aber natürlich schauen wir uns diesen Fall nun genauer an. Wenn sich ein Unternehmen nicht in die gewünschte Richtung bewegt, müssen wir uns schon fragen: Ist unser Set-up richtig oder müssen wir Korrekturen vornehmen? Irgendwann ist auch der Punkt erreicht zu sagen, dass es erfolglos ist. Nächstes Jahr überarbeiten wir unsere Nachhaltigkeitsstrategie und wir prüfen aktuell verschiedene Möglichkeiten. Etwa, ob wir die unterstützte globale Erwärmung von Unternehmen ins Zentrum rücken sollen.

Die Pensionskasse des Kantons Genf verlangt von Energieunternehmen, dass sie eine globale Erhitzung von maximal zwei Grad unterstützen. Andernfalls verkauft sie deren Aktien und Schuldpapiere. Konkret führt das aktuell dazu, dass die Genfer Pensionskasse in keine Öl-, Gas- und Kohleunternehmen investiert. Wäre das für Sie auch eine Option?

Dieser Ansatz ist nicht verkehrt und wir müssten ihn prüfen. Dabei gilt es sicher, unsere Stakeholder im Auge zu behalten. Einige priorisieren Nachhaltigkeit, andere Rendite. Wir müssen aufpassen, dass wir das eine nicht gegen das andere ausspielen.

Doch die Klima-Erhitzung gefährdet ja nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Systeme.

Der gesetzliche Auftrag ist klar: Wir müssen für unsere Versicherten eine marktkonforme Rendite erzielen. Aber weil Schweizer Pensionskassen so viel Geld verwalten, haben sie

durchaus eine gesellschaftliche Verantwortung. Diese beschränkt sich aber nicht auf Nachhaltigkeit. Wir müssen auch Renten auszahlen, was zum Kernauftrag einer Pensionskasse gehört. Wir werden immer älter, die Renten müssen länger ausbezahlt werden, aber niemand will mehr einzahlen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit haben wir hier ein Problem für die Zukunft. Die Frage stellt sich: Machen wir den nächsten Generationen einen Gefallen, wenn wir so weiterfahren?

Was genauso für die Klimakrise gilt. Aktuell befinden wir uns global auf einem Drei-Grad-Pfad. Die Folgen einer solchen Erhitzung wären katastrophal und würden nicht zuletzt unsere Renten gefährden.

Genau deshalb entwickeln wir unsere Nachhaltigkeitsstrategie weiter und machen die Herausforderungen transparent.

La caisse de pension de l'Etat de Genève, qui se veut verte et vertueuse, investit dans le charbon

Elle a renoncé au pétrole et au gaz, mais la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (CPEG) investit des millions dans des entreprises de charbon et d'autres qui menacent l'Amazonie. Malgré tout, elle va plus loin que beaucoup d'autres caisses suisses dans sa stratégie climatique, grâce aux contraintes imposées par les députés. WAV.info et Correctiv Suisse ont obtenu les données de la CPEG, les ont analysées et les rendent publiques. Une première.

Sven Niederhäuser (Correctiv Suisse)

Olivier Christe (WAV)

Guerres, crise climatique, montée du fascisme. La marche du monde pèse sur Bastien Poscia. Pour y remédier, ce travailleur social genevois investit ses économies privées de la manière la plus durable possible. «Cela ne rapporte pas grand-chose, dit-il, mais au moins, je dors mieux.»

Une grande partie de ses économies est placée auprès de son fonds de pension, la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (CPEG). Laquelle investit l'argent que lui confient ses assurés et leur reverse une partie des bénéfices. Fin 2024, la CPEG pesait 23 milliards de francs, ce qui en fait une des plus importantes de Suisse.

Sur son site Internet, elle fait la promotion d'investissements durables et d'un «désengagement progressif des énergies fossiles». Ce faisant, son rendement dépasse les 6% lors des bonnes années boursières, comme en 2024, tout en étant «durables». Alors que les placements équitables de Bastien Poscia ne rapportent presque rien. «Comment est-ce possible?», demande-t-il.

Pour la première fois, des investissements visibles

Comme les placements financiers de la CPEG n'étaient pas accessibles au public, nous avons demandé à pouvoir les consulter, en vertu de la loi sur la transparence. Une première chose saute aux yeux: les investissements de la CPEG se distinguent de ceux des caisses de pension d'autres cantons examinés jusqu'à présent par nos deux médias. On ne trouve pas dans le portefeuille les noms des grands groupes pétroliers et gaziers. Ainsi, pas un centime n'est investi chez Exxon Mobil, Chevron ou Shell.

A propos de cette enquête

Alors que l'AVS transfère continuellement de l'argent de la population active à celle à la retraite, tout le monde épargne pour soi-même dans le deuxième pilier, pendant toute sa vie professionnelle. L'argent s'accumule donc dans les caisses de pension suisses, qui cumulent près de 1,3 billion de francs à la fin de l'année dernière. Or la manière dont les caisses investissent les avoirs de leurs assurés est une boîte noire.

En vertu de la loi sur la transparence, le collectif de recherche WAV.info a demandé, en collaboration avec l'édition suisse du média allemand Correctiv, à avoir accès aux investissements de toutes les caisses de pension de droit public. Ils publient

les résultats en collaboration avec des médias dans les régions concernées, en l'occurrence Heidi.news. Cet épisode fait partie du projet «Mille milliards de responsabilité». La caisse de prévoyance de l'Etat de Genève a été l'une des premières à partager ses positions, après une séance de conciliation devant la préposée cantonale à la protection des données. Ses promesses de durabilité ont ainsi pu être vérifiées pour la première fois. Tous les investissements en actions et en titres de créance de la CPEG sont disponibles avec ce lien. En revanche, nous n'avons pas eu accès à ses investissements dans l'immobilier et les placements alternatifs. Vous remarquerez dans la liste que la CPEG investit massivement dans des banques cantonales, qui à leur tour pourraient investir dans les domaines du pétrole, du gaz ou du charbon, mais il n'a pas été possible de pousser l'analyse jusqu'à ces établissements, qui ne sont pas soumis aux mêmes règles de transparence que les caisses de droit public.

A titre de comparaison, la caisse de pension de la ville de Zurich investit plus de 40 millions de francs dans cinq des plus importantes entreprises de gaz et pétrole de schiste du monde, malgré ses engagements de durabilité. Si la CPEG ne le fait pas, c'est en raison de sa stratégie climat: les destinataires de ses fonds doivent s'engager sur un réchauffement global de 1,75 degré maximum. Dans le cas contraire, elle renonce à investir.

Lire aussi: «Le Temps» remporte le Prix Transparence avec son enquête sur la facture alourdie de la caisse de retraite de l'Etat de Genève

Selon la CPEG, l'avantage de cette stratégie est qu'elle peut tout de même investir dans les entreprises à forte émission de CO₂, à condition qu'elles prennent les mesures nécessaires pour lutter contre le changement climatique. Actuellement, ce n'est le cas d'aucun géant de l'énergie, si bien que la caisse a rayé le secteur entier de sa liste.

Des millions dans les mines de charbon

Le secteur entier... avec quelques exceptions. Ainsi, dans les documents que nous avons pu consulter, on trouve des investissements de près de trois millions de francs dans le géant allemand de l'énergie RWE et d'environ quatre millions dans The Southern, l'un des plus grands groupes d'électricité américains. Tous deux brûlent des tonnes de charbon pour produire de l'électricité et construisent actuellement de nouvelles centrales à gaz. Les activités du groupe américain impliquent ainsi un réchauffement global de 4 degrés, et même de 10 degrés pour RWE. C'est ce que montrent les données de Globalance. Dans le cas de RWE, il s'agit de la valeur la plus élevée possible, explique Gabriel Hansmann, responsable de l'analyse des données chez cette société de gestion de fortune spécialisée dans les placements durables. «Si une caisse de pension investit des millions dans des entreprises comme RWE, dit-il, elle a un risque climatique important dans son portefeuille.»

Interrogée, la CPEG a pris plusieurs semaines pour répondre à nos questions. Et surtout, elle a répondu avec des arguments discutables. Comme RWE brûle elle-même son charbon dans ses centrales électriques, la CPEG classe l'entreprise énergétique comme producteur d'électricité plutôt que comme extracteur de charbon. Des investissements sont donc possibles. Ce

raisonnement confine à l'absurde quand on sait qu'aucun groupe industriel européen n'a émis autant de CO2 et d'autres polluants atmosphériques entre 2007 et 2021 que RWE, ce que montrent les données de l'Agence européenne pour l'environnement (AEE), analysées en exclusivité par Correctiv.

Dans l'industrie allemande, c'est RWE qui est responsable des émissions de CO2 les plus élevées, selon cette enquête, qui montre également les coûts faramineux de la pollution atmosphérique. En 2017, l'économie allemande a perdu environ 12 milliards d'euros rien qu'à cause des émissions du secteur de l'énergie de RWE.

Confrontée à cette question, la caisse de pension genevoise répond qu'elle est ouverte à étendre sa stratégie climatique à ces entreprises, pour autant que cela n'ait pas d'impact négatif sur le rendement. En même temps, elle affirme que l'exclusion des entreprises de l'industrie fossile n'a jusqu'à présent pas eu d'influence sur ses bénéfices. Le fait que la CPEG n'intègre pas les producteurs d'électricité dans sa stratégie climatique est critiqué par Sasha Cisar, expert en durabilité à la banque digitale suisse Radicant. «En raison des risques financiers et de la nécessité de faire progresser la protection du climat, les fournisseurs d'électricité devraient également être évalués sur la base de leur stratégie climatique», dit-il.

Une responsabilité dans la déforestation de l'Amazonie

Selon cet expert, les investissements importants dans les entreprises «Big Tech» posent également problème. La CPEG investit plus de 700 millions de francs dans celles qui sont aussi appelées les «Magnificent Seven»: Google, Meta, Amazon, Apple, Tesla, Microsoft et Nvidia. Cela correspond à environ 14% de tous les investissements en actions de la caisse de pension genevoise. «Alors que ces entreprises tech étaient autrefois des élèves modèles en matière de climat, elles ratent actuellement leurs objectifs climatiques les uns après les autres», explique Sasha Cisar.

La raison en est la consommation croissante d'électricité. Selon les estimations de l'Agence internationale de l'énergie (IEA), la demande mondiale supplémentaire en électricité due au développement des centres de calcul va plus que doubler d'ici 2030. L'intelligence artificielle est le principal moteur de cette évolution.

Ce qui manque totalement à la CPEG, c'est une stratégie biodiversité, comme elle nous l'a signifié. Notre plongée dans la liste de ses investissements montre qu'elle investit des millions de francs dans les forêts amazoniennes: environ un million dans chacun des abattoirs brésiliens JBS et Minerva, et près de deux millions dans le négociant en soja Bunge.

Une étude récemment publiée par l'université britannique d'Exeter classe ces trois entreprises parmi celles susceptibles de faire basculer des écosystèmes fragiles comme l'Amazonie. Cela pourrait conduire à un dépérissement massif des forêts, voire à une savane non boisée avec un manque d'eau

La pression sur l'industrie fossile ne fonctionne pas

Même si la stratégie climatique de la CPEG présente des lacunes, elle va plus loin que d'autres. Et pour cause: elle estime que les possibilités de faire pression sur les entreprises de l'industrie fossile en tant qu'actionnaire sont très faibles, contrairement aux caisses de pension que nous avons étudiées jusqu'à présent. Ainsi, celles du canton et de la ville de Zurich, tout comme celle du canton de Bâle-Campagne, ont défendu leurs importants investissements dans des groupes pétroliers et gaziers en

arguant qu'elles pouvaient obtenir des améliorations par le dialogue.

La CPEG affirme de son côté que cela n'entraînera pas les changements nécessaires. «Dans le cas d'entreprises qui, selon nous, ne sont pas en mesure d'opérer les changements nécessaires au rythme et à l'échelle requis, l'engagement ne suffit pas», déclare Lionel Binz, du pôle juridique et compliance de la caisse genevoise. Si le dialogue avec les entreprises controversées est souvent vanté par l'industrie financière comme un remède miracle, les limites de cette approche sont régulièrement mises en évidence, notamment dans le cas des groupes pétroliers et gaziers. Récemment, Climate Action 100+ a critiqué le fait que le secteur du pétrole et du gaz n'avait guère pris de mesures en faveur de la transition énergétique. La plus grande alliance mondiale d'investisseurs pour la protection du climat exerce une pression sur les entreprises nuisibles au climat et regroupe, selon les derniers chiffres disponibles, quelque 70 billions de dollars américains en 2023.

L'expert en durabilité Cisar renforce ici les déclarations de la caisse de pension genevoise. "Un dialogue continu avec les entreprises n'a de sens que si les investissements sont abandonnés en cas d'irrégularités graves et d'absence de changement. Sinon, pourquoi ces entreprises prendraient-elles au sérieux les exigences des investisseurs", dit-il.

Stratégie climatique sous pression politique

Si la CPEG prend la question climatique plus au sérieux que beaucoup d'autres, elle le doit en premier lieu aux politiques cantonales. Bien que l'Accord de Paris en 2016, ratifié par la Suisse en octobre 2017, contraigne l'industrie financière à protéger davantage le climat, la caisse de pension genevoise n'a adopté sa stratégie climatique que sept ans plus tard. Cela a été rendu nécessaire par une intervention des Verts au parlement cantonal en 2019, qui a été mise en œuvre en 2021. La CPEG devait alors élaborer une stratégie climatique. Les choses sont ensuite allées assez vite. Un an plus tard, la caisse de pension genevoise décidait de sa stratégie climatique et la mettait en œuvre une autre année plus tard, en 2023.

La situation dans d'autres cantons

Le premier examen des investissements des caisses de pension de droit public a eu des effets. Suite à nos demandes d'accès aux informations, la caisse de pension de Bâle-Campagne (BLPK) a publié ses investissements de près de 12 milliards de francs sur son site Internet. Elle a expliqué au média local Bajour comment elle a été confrontée à ses investissements nuisibles au climat.

Avec plus de 60 milliards de francs, les fonds de pension du canton et de la ville de Zurich comptent parmi les plus importantes de Suisse. Sur le site local Tsüri, WAV et CORRECTIV ont montré à quel point les investissements de la caisse de la ville sont nuisibles au climat, tandis que la caisse cantonale s'obstine à un manque total de transparence. Suite à cela, deux interventions politiques ont été déposées aux parlements de la ville et du canton.

Quant à la caisse de pension du canton de Schwyz, elle renonce en grande partie aux critères de durabilité. L'évaluation de ses investissements publiée dans le média local Bote der Urschweiz montre des investissements importants dans des géants du pétrole et du gaz, parfois issus d'États autocratiques. Là aussi, une intervention a été déposée au parlement cantonal, qui a aussitôt suscité d'autres articles dans la presse. Le gouvernement doit encore y répondre.

Pour la députée genevoise Delphine Klopfenstein, qui a cosigné l'intervention en 2019, c'est un signe clair qu'il faut davantage

de pression de la part des politiques. «Le cas de la CPEG montre que ce n'est pas le volontariat qui conduit à des flux financiers plus durables, comme l'industrie financière et l'administration fédérale veulent souvent nous le faire croire, mais des bases légales et des règles claires», dit-elle. Elle contredit ainsi le Conseil fédéral qui, dans son rapport pour une place financière leader et durable de 2022 à 2025, mise presque exclusivement sur le volontariat.

La protection du climat dans l'intérêt des assurés

Et qu'en pense la caisse de pension genevoise elle-même? Sa mission est de garantir des rentes durables pour des générations d'assurés, dont certains commencent tout juste leur vie professionnelle, répond-elle. C'est précisément pour cette raison qu'elle a la responsabilité particulière, en tant qu'investisseur à long terme, de prendre les risques climatiques au sérieux. «Nous devons tenir compte de l'impact de nos investissements sur le climat, non seulement pour des raisons d'intérêt général, mais aussi parce qu'il se répercute sur le risque de nos investissements», dit-elle. En d'autres termes: les entreprises qui alimentent le changement climatique subiront le moment venu des pertes plus élevées en raison de son impact.

La CPEG invoque également sa responsabilité d'investisseur de long terme lorsqu'elle est interrogée sur les défis posés par l'orientation anti-environnementale de l'administration Trump. Elle compte en décennies et non en cycles électoraux. «Les vents politiques contraires peuvent certes repousser temporairement le rythme des progrès réglementaires, mais ils ne modifient en rien les réalités écologiques sous-jacentes», affirme Lionel Binz, du pôle juridique et compliance de la caisse.

C'est ce que confirme une étude réalisée l'année dernière par l'Institut de Potsdam pour la recherche sur l'impact climatique. Elle conclut que l'économie mondiale devrait se contracter d'un cinquième d'ici 2050 en raison du changement climatique. Selon les auteurs de l'étude, ce dommage dépasserait de six fois les coûts nécessaires pour limiter le réchauffement de la planète à deux degrés.

Lorsqu'on demande à Bastien Poscia, travailleur social genevois, sa vision de l'avenir, il revient sur son enfance. Il raconte comment, il y a 30 ans, il passait ses vacances d'été avec ses parents dans un camping-car. «Des insectes s'écrasaient en masse sur le pare-brise. Aujourd'hui, lorsque je fais les mêmes trajets avec ma fille, le pare-brise reste propre, en grande partie». Il souhaite que les insectes reviennent. Bref, un monde dans lequel les bases naturelles de la vie sont mieux protégées et mieux réparties.

Malgré ses investissements problématiques dans le charbon, la CPEG montre qu'une stratégie climatique sérieuse est financièrement réalisable pour les caisses de pension suisses. Le fait qu'une motion ait été déposée au parlement cantonal pour y parvenir montre également l'importance de la pression politique pour un changement effectif dans l'industrie financière. La prochaine étape, une vraie stratégie de biodiversité, la caisse genevoise la franchira-t-elle de sa propre initiative ou faudra-t-il une nouvelle directive du monde politique? La CPEG n'a pas été en mesure de répondre à cette question avant la parution de cet article.

«Il y a encore une chose que j'aimerais savoir», dit Bastien Poscia alors que nous prenons congé. Cela n'a rien à voir avec le climat, mais cela le préoccupe beaucoup en tant qu'assuré de la CPEG. «Est-ce que ma caisse de pension investit dans des entreprises qui collaborent avec les forces armées israéliennes à Gaza et en Cisjordanie occupée?» La réponse est oui, comme le montrent nos recherches. Plus de 7 millions de francs ont été placés

dans le groupe américain Caterpillar. Ses bulldozers seraient «transformés en armes» par l'armée israélienne et utilisés à Gaza et en Cisjordanie, comme l'ont rapporté la semaine dernière une enquête du Tages Anzeiger et la plateforme d'investigation néerlandaise Follow the money.